

# iFijáte!

## Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 563

Mittwoch, 06. August 2014

21. Jahrgang

### Gesetzesinitiative 4644

*Seit 19 Monaten wird die Gesetzesinitiative über Investition und Arbeitsplatzschaffung im Parlament, kurz genannt Gesetzesinitiative 4644, diskutiert. Das Gesetz sollte Anfang Juli verabschiedet werden. Auf Intervention verschiedener politischer Gruppen und kurioserweise einiger Wirtschaftszweige wurde die Abstimmung aber verhindert. Damit steht nun der weitere Fortgang des Gesetzes weiterhin in der Schwebe.*

#### Was ist die Gesetzesinitiative 4644?

Das Gesetz wurde von der Exekutive vorgeschlagen und verfolgt das Ziel, Investitionen anzuregen, um dadurch Arbeitsplätze zu schaffen. Damit will man den mit der Welthandelsorganisation eingegangenen Übereinkünften gerecht werden. Ein Punkt betrifft die Abschaffung von Exportsubventionen bis Januar 2016. Als Ausgleich dafür soll nun der Exportwirtschaft Steuervorteile eingeräumt werden.

Das neue Gesetz soll ab diesem Zeitpunkt auch das derzeit gültige Gesetz 29-89 über wirtschaftliche Entwicklung, Exportaktivität und Textilfabriken ersetzen, das am 1.1. 2016 ungültig wird.

#### Ein langer Weg und erneute Diskussion

Nachdem die Initiative monatelang besprochen und überarbeitet wurde, hat nun gerade eine der konservativsten Gruppen der Abgeordneten um eine erneute Diskussionsrunde. Die Änderungen des Projekts und die damit verbundenen Vor- und Nachteile müssten noch einmal erklärt und erst danach könne abgestimmt werden.

Aber nicht nur den Konservativen ging es zu schnell. Es hat ebenfalls eine weitere Minderheitengruppe, die Partei Encuentro por Guatemala, um erneute Diskussion. Laut Nineth Montenegro habe eine unabhängige Kommission Änderungen vorgenommen und weitere Sektoren mit Privilegien ausgestattet. Das müsse „erneut diskutiert werden“.

Obwohl die meisten der politischen Fraktionen ein Interesse an der Initiative geäußert haben, waren letztendlich zu wenige Abgeordnete bei der Sitzung anwesend, in der erneut abgestimmt werden sollte. Die Sitzung war für Anfang Juli einberufen worden. Es nahmen aber nur 64 Abgeordnete teil. 105 Stimmen benötigt man jedoch für eine Abstimmung über eine Gesetzesinitiative.

Selbst von Líder, die über 43 Abgeordnete verfügen, erschienen nur 15. Ein Sprecher gab an, dass die nicht erschienenen

#### **Inhaltsverzeichnis**

Gesetzesinitiative 4644.....	1
Überteuerte Medikamente aufgezwungen.....	3
CIDH: Urteil im Fall María Isabel Veliz Franco.....	4
Index der menschlichen Entwicklung 2014 - ohne Veränderung für Guatemala.....	4

Abgeordneten nur nicht gekommen waren, da insgesamt wenig Beteiligung herrschte. Wären mehr Abgeordnete erschienen, hätte ihre Partei sie angerufen und die Líder-Abgeordneten wären ebenfalls gekommen.

Die Abgeordneten anderer Parteien erklärten ihre Absenz, damit, dass die Sitzung von Líder einberufen wurde. Einige Parteien, wie Creo, gingen davon aus, dass diese Sitzung eher einem Medienrummel diene und die Wahl beeinflussen sollte, als wirklich das Gesetz zu verabschieden.

Es gibt auch Abgeordnete und Fraktionen, die sich gegen die Initiative aussprechen. Amílcar Pop, ein Abgeordneter von Winaq, kritisierte, dass der Gesetzesvorschlag den Unternehmenssektor fördere, sonst aber keinen. Er enthalte zu viele Fehler, die auch durch Änderungen nicht ausgeglichen werden könnten. Man müsse etwas Neues ausarbeiten.

## CONTRA

### **Wer ist dagegen?**

Handelskammer, Gewerkschaften des Bank- und Dienstleistungssektors und der Staatsangestellten

### **Warum?**

- Die Steuerbefreiungen könnten unerwartet grosse Einnahmeverluste für den Staat verursachen.
- Die Dauer der Steuervorteile wird auf 65 Jahre festgelegt, was ein viel zu langer Zeitraum ist, um den Interessen der Gesellschaft zu entsprechen.
- Es wird nur der Unternehmenssektor privilegiert, der über mehr als 800.000 US-Dollar Investitionskapazität verfügt.
- Nachteile für den lokalen Handel werden geschaffen, da die Investitionen für den Export angeregt werden.
- Vermehrt werden Unternehmen zum neuen Gesetzesrahmen überwechseln und somit die Steuern, die sie bisher zahlen mussten, nicht mehr zahlen.
- Arbeitsplätze ohne Sozialversicherung oder Mindestgehalt würden geschaffen, wobei an sich keine neuen Arbeitsplätze entstehen. Nur der Fortbestand der schon existierenden wird garantiert, ohne dass davon jedoch ArbeiterInnen profitieren.
- Es werden keine Bedingungen bezüglich der Erschaffung von Arbeitsplätzen in den steuerfreien Produktionszonen in dem Gesetz verankert.

## PRO

### **Wer ist dafür?**

die Finanz-, Handwerks-, Industrie-, Handels- und Dienstleistungskammern, die Vereinigung kleiner und mittelständischer Unternehmen und natürlich Agexport.

### **Warum?**

- 544.000 Arbeitsplätze werden erhalten, sprich 76% der gesetzlich geregelten Arbeitsstellen des Landes.
- 167 Millionen Quetzales in Form von Gehältern werden gezahlt.
- Investitionen in Höhe von 400 Millionen US-Dollar werden für die nächsten zwei Jahre erwartet, sowie die Schaffung von 100.000 neuen Arbeitsplätzen.
- Die Entwicklung der ländlichen Gebiete und die Dezentralisierung der Stellenausschreibungen werden gefördert.
- Wirtschaftliche Entwicklung und neue Steuereinkünfte werden erwartet.
- Wettbewerbsfähigkeit wird ausgebaut. Damit erhofft man sich, in der Region neue InvestorInnen anzulocken.

### Eine schlechte Idee?

Das Zentralamerikanische Institut für Steuerforschung (ICEFI) gab bezüglich der Gesetzesinitiative 4644 an, dass, wenn das Gesetz so durchkomme, in etwa sechs Milliarden Quetzales an Steuereinnahmen auf lange Sicht dem Staat verloren gingen. Dies würde die Finanzen des Staates schädigen und einen negativen Effekt auf den Haushaltsplan ausüben, vor allem in Bereichen wie Gesundheit, Bildung und Sicherheit. Gemäss den Angaben des ICEFI würde das Gesetz hauptsächlich dazu dienen, Privilegien an einige bestimmte Gruppen zu vergeben.

Für 2015 ist ein Verlust von 1,3 Millionen Quetzales zu erwarten, so das Institut. Diese Summe würde sich in den darauffolgenden Jahren allerdings noch erhöhen aufgrund der fehlerhaft arbeitenden Steuerverwaltungszentrale (SAT) in Sachen Steuereinzahlung und Kontrolle von Betrugsversuchen.

Ricardo Barrientos, der Analyst der ICEFI, erklärte, dass als Folge mit einer Einsparung in den öffentlichen Ausgaben zu rechnen wäre. Diese beträfe zuallererst Bereiche wie Bildung und Gesundheit. Diese Kürzungen widersprächen gleichzeitig der Absicht der Exekutive, beim Abgeordnetenparlament ein Budget von über 70 Milliarden Quetzales für 2015 einzureichen.

Die SAT selbst erklärte, dass sie die Initiative unterstütze, obwohl sie zuvor, ihren technischen Analysen gemäss, für eine Archivierung der Initiative 4644 und die Ausarbeitung eines neuen Gesetzesvorschlags gestimmt hatte.

Jorge Briz, Präsident der Handelskammer von Guatemala, bezeichnete die Initiative und deren Abstimmung als eine „Unverantwortlichkeit“. Was man damit erreiche, so Briz, sei es die Makroökonomie aus dem Gleichgewicht zu bringen, die Staatsschulden zu erhöhen und auch die Armut zu vergrössern. „Das einzige, was diese Initiative tut, ist es Steuervorteile an einige bestimmte Wirtschaftsaktivitäten zu verschenken. Die Exekutive will nicht verstehen, dass wir alle die Steuern zahlen müssen.“, sagte Unternehmer Briz auf einem Forum des ICEFI. „Das Problem ist, dass die Regierungen wenig effizient und korrupt sind, und daher wachsen die Steuerdefizite und Staatsschulden.“, so Briz weiter, „Wir verlieren Zeit, indem wir ineffektive Gesetzesvorschläge diskutieren, statt sinnvolle Lösungen für das Allgemeinwohl aller zu finden“. (PL)

## **Überteuerte Medikamente aufgezwungen**

**Guatemala, 29. Jul.** Das Observatorium der Indigenen Völker und das Nationale Netzwerk von Organisationen Junger Mayas klagten den Zwang zum Kauf bestimmter Medikamente an, die über dem normalen Marktpreis liegen. Dies widerfuhr einigen Indigenengemeinschaften im Landesinneren. Sie bekamen von ihren Ärzten eben solche Medikamente verschrieben. In öffentlichen Krankenhäusern zum Beispiel wird den Patienten nur die Möglichkeit gegeben, Medikamente einer bestimmten Marke zu kaufen. Der Preis dieser Marke liegt allerdings bis zu 25% über dem Preis anderer Medikamente, die den gleichen Wirkstoff enthalten, aber von einer anderen Firma produziert werden. Als Gegenleistung bekommen diese Ärzte finanzielle Vorteile und Reisen ins Ausland von dem Pharmaunternehmen gezahlt.

Aber nicht nur der Handel mit den Medikamenten deuten auf Fehlbehandlungen hin. Oft fehlt es auch an ÜbersetzerInnen, die für die Kranken, deren Muttersprache nicht Spanisch, deren gesundheitliche Probleme den Ärzten erklären und dann wiederum deren Diagnosen übersetzen. Dieser Mangel hat eine direkte Auswirkung auf die PatientIn-DoktorIn-Beziehung und somit auf die Genesung der PatientInnen. Auch Fälle von Diskriminierung von Hebammen durch ÄrztInnen oder gar KrankenhausdirektorInnen sind bekannt geworden.

Weltweit ist Guatemala eines der Länder, in dem die Medikamente am teuersten sind. In anderen Ländern sind die gleichen Marken mit den selben Namen bis zu fünf mal günstiger zu erwerben. Somit ist nicht nur der ärmste Teil der Bevölkerung, meistens indigene Gemeinschaften, davon am stärksten betroffen, sondern es werden auch Rechte, vornehmlich das Recht auf Gesundheit, verletzt.

Gleichzeitig spiegelt sich die fehlende Gesundheitsfürsorge am Bildungsniveau der Mädchen und Jungen wieder, denn krank lernt es sich schlechter. Indigene Gemeinden weisen einen Durchschnitt von zwei Komma fünf Schuljahren auf, der Rest der Nation sechs Jahre. (Cerigua)

## CIDH: Urteil im Fall María Isabel Veliz Franco

**Guatemala, 31. Jul.** „Wenn ich in Guatemala Gerechtigkeit gefunden hätte, hätte ich nicht im Ausland danach suchen müssen; viele Jahre meines Lebens habe ich dem Kampf gegen die Gleichgültigkeit, gegen die Entwürdigung und gegen das Vergessen gewidmet“, erklärte Rosa Franco in einer Pressekonferenz, einberufen durch das Netzwerk Keine Gewalt gegen Frauen (REDNOVI) und die Guatemaltekkische Frauengruppe (GGM).

Mit diesen Worten fasste Rosa Franco die ganze Straflosigkeit zusammen, die sie mit dem Verschwinden und dem Tod ihrer Tochter mit ansehen musste. Und aufgrund derer das Interamerikanische Gericht der Menschenrechte (CIDH) am 19. Mai diesen Jahres den Staat Guatemala verurteilte. Bekannt gegeben wurde der Entscheid am 28. Juli.

„Ich bin müde, aber zufrieden“, sagte Rosa Franco, „Und nun möchte ich all den anderen Frauen sagen, dass, auch wenn ich nie die Hoffnung aufgab, es sehr schwer war, Gerechtigkeit für sich selbst zu bekommen. Man muss dafür Unterstützung suchen, wie sie mir von REDNOVI und GGM gegeben wurde, denn die Ungerechtigkeit und die Diskriminierung sind gross.“

Laut dem Pressecommuniqué, entschied der Gerichtshofs, dass der guatemaltekkische Staat nicht ausreichend ermittelt habe, als María Isabel verschwand, obwohl er wusste, das man „sich in einer Situation von einer schnell anwachsenden Mordrate von Frauen befand. Und dadurch ist die staatliche Unterlassung, nämlich die, nach dem Mädchen ausreichend zu suchen, einer Nichterfüllung seiner Verpflichtung gleichzusetzen.“

Der Gerichtshof ordnete an, dass Guatemala einige Massnahmen vorzunehmen habe, die darauf ausgerichtet sind, strukturelle Veränderungen zu erreichen. Damit soll die Gewalt gegen Frauen verhindert werden, Ermittlungen in Gewalt- und Mordfällen korrekt vorgenommen, die Täter bestraft und letztendlich diese Art der Gewalt abgeschafft werden.

Gleichzeitig erkannte der CIDH einige Bemühungen des Staates an, wie die Nationale Koordination der Prävention von innerfamiliärer Gewalt und Gewalt gegen Frauen (CONAPREVI) und der Nationale Plan diesbezüglich. Allerdings übt die CONAPREVI seit 2012 ihre Funktionen nur noch begrenzt aus.

Giovana Lemus von Rednovi erklärte, dass „der Fall von María Isabel nur ein Beispiel von tausenden Gewaltakten und Femiziden in Guatemala ist. Der grösste Teil bleibt ungestraft und ist Ausdruck der sexistischen Vorurteile, die sich sogar im Staatsapparat verwurzelt haben, der ja selbst die Gewalt gegen Frauen toleriert“.

Das Urteil des CIDH ist das erste Urteil bezüglich Feminizid in Guatemala und öffnet die Tür für weitere Schritte im Kampf gegen die Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Der Gerichtsentscheid soll den Staat alarmieren und verpflichtet ihn, seine Anstrengungen zu vergrössern, um in den Verbrechen zu ermitteln, der Gewalt vorzubeugen und die Täter zu verfolgen und zu bestrafen, so Lemus, denn es sei ein Verbrechen, das jährlich mehreren 100 Frauen das Leben kostet. (Cerigua)

## Index der menschlichen Entwicklung 2014 - ohne Veränderung für Guatemala

**Guatemala, 25. Juli.** Das Programm der Vereinten Nationen für Entwicklung (PNUD, span.) veröffentlichte kürzlich seinen Bericht über den Index der menschlichen Entwicklung für das Jahr 2014. Darin wurden die Statistiken von 187 Nationen, die ein ganzes Jahr abdecken, analysiert. Guatemala belegt den Platz 125 mit einer Beurteilung von 0,65 von 1. Damit wurde das gleiche Niveau wie im letzten Jahr erreicht.

Aus dem Bericht sind Daten zu Guatemala über ff. Beispiele zu entnehmen:

- Die Lebenserwartung der GuatemaltekkInnen beträgt 72 Jahre. Das sind drei Jahre weniger als der Durchschnitt in Lateinamerika und ist gleichzeitig der schlechteste Wert in Zentralamerika.
- Die durchschnittliche Schulbesuchsdauer beträgt 5,7 Jahre, die vorgesehene liegt bei 10,7 Jahren. Verglichen mit den lateinamerikanischen Ländern (Durchschnitt 7,9 bzw. 13,7 Jahre) schneidet Guatemala auch

hier schlechter ab.

- Das nationale Bruttoeinkommen erreicht 6.886 US-Dollar pro Kopf, was die Remisen aus dem Ausland schon beinhaltet.
- Was die Gleichstellung der Geschlechter betrifft, liegt der Nachteil für Guatemaltekinnen bei 0,52 (von 1), was relativ niedrig ist.

Für die diesjährige Untersuchung veränderte die PNUD allerdings einige Parameter; auch wurde der Armutsbegriff neu definiert: Armut wird nicht mehr in Abhängigkeit der Geldmenge, über die ein Mensch verfügt, gemessen, sondern multidimensionaler erfasst, so z.B. wird der Zugang zur Versorgung mit Gesundheit und Bildung, die allgemeine Lebensqualität etc. berücksichtigt. So wurde ermittelt, dass auf der Welt mehr als zwei Milliarden Menschen in multidimensionaler Armut leben, dass 80% der Weltbevölkerung nicht auf Sozialversicherungen zählen kann und 12 % unter chronischem Hunger leidet.

Laut Valerie Julliard, UN-Koordinatorin in Guatemala „hat der Reichtum weltweit zugenommen, er wird aber nicht umverteilt. Daher profitierten nur Wenige davon. Die Ungleichheit verhindert, dass die Länder sich weiterentwickeln, denn es ist eine exklusive Logik“. Daher sei eine korrekte Anwendung der öffentlichen Mittel notwendig und es müssten Reformen bezüglich der Fiskalpolitik durchgeführt werden. Gleichzeitig sei der politische Wille und die Unterstützung des Wirtschaftssektors von grosser Wichtigkeit. (EP)

## **¡Fijáte!**

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

### **Redaktion:**

Wiebke Schramm – [wibsc@gmail.com](mailto:wibsc@gmail.com)

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg

Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

**Abo-Verwaltung:** [fijate@web.de](mailto:fijate@web.de)

Solidarität mit Guatemala e.V., Jahresabonnement 50.-€

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

**Abo in der Schweiz:** Jahresabonnement 85.-CHF, Konto-Nr. PC: 30-516068-6